



## Anhang I

Zivilschutzorganisation der Stadt St.Gallen gemäss Reform 1995



## **Einleitung**

Die Zivilschutzorganisation der Stadt St.Gallen wurde letztmals aufgrund des gesamtschweizerischen Projektes Zivilschutz 95 und der gestützt darauf erlassenen Gesetzgebung angepasst. Die nachfolgend dargestellte, heutige Zivilschutzorganisation basiert in ihren Grundzügen auf der Zivilschutzreform 95, welche bis zur Einführung des vorgesehenen Bundesgesetzes über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz nach wie vor Gültigkeit hat.

Die heutige Rolle des Zivilschutzes in der Katastrophenorganisation der Stadt St.Gallen wird in Anhang II dargestellt.

## **1 Grundlagen**

### **1.1 Rechtliche Grundlagen**

Gestützt auf die damalige Bundesverfassung Art. 22<sup>bis</sup>, 42<sup>ter</sup> und 64<sup>bis</sup> erliess die Bundesversammlung am 17. Juni 1994 das Bundesgesetz über den Zivilschutz (ZSG, SR 520.1) und das Bundesgesetz über bauliche Massnahmen im Zivilschutz (BMG, SR 520.2). Verschiedene Verordnungen und Weisungen folgten.

Auf kantonaler Stufe folgte am 20. Juni 1996 das Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über den Zivilschutz (EGzZSG, sGS 413.1) samt zugehörigen Verordnungen und Weisungen.

Die Gestaltungsfreiheit der Gemeinden ist gering. So erlässt zum Beispiel nach Art. 13 ZSG das eidgenössische Departement Richtlinien über Gliederung und Sollbestände der Zivilschutzorganisationen. Die Gemeinde hat danach die Planung der organisatorischen und baulichen Massnahmen dem kantonalen Amt für Zivilschutz zur Genehmigung zu unterbreiten (Art. 14 ZSG).

Der Stadtrat beschloss am 4. April 1994 die ab 1. Januar 1995 geltende Grundstruktur der Zivilschutzorganisation, die am 8. März 1994 vom kantonalen Amt für Zivilschutz genehmigt wurde. Der Sollbestand der ZSO wurde damals von ca. 5'800 auf 3'351 Pflichtige reduziert.

Gestützt auf diese Vorgaben hat der damalige Zivilschutzchef auf den 1. April 1995 einen neuen ausführlichen Grundbefehl für die Zivilschutzorganisation der Stadt St.Gallen (ZSO) samt Detailregelungen erlassen. Dieser regelt die Organisation für den Fall von bewaffneten Konflikten und für die Katastrophen- und Nothilfe. Ausgangspunkt ist die Bewältigung der grössten aller Katastrophen: des Krieges. Die nachfolgenden Ausführungen sind diesem Grundbefehl entnommen.

### **1.2 Auftrag an die ZSO der Stadt St.Gallen (1995)**

„Die ZSO der Stadt St.Gallen



- hält sich bereit, jederzeit mit Teilen Katastrophen- und Nothilfe gemäss Einsatzkonzept des KATA-Stabes zu leisten,
- hält sich bereit, auf Weisung des Kantons oder des Bundes Hilfe im In- oder grenznahen Ausland zu leisten,
- steht der Stadtbehörde für Sekundäraufgaben im zivilen Bereich zur Verfügung
- Stellt den Schutz und das Überleben der Bevölkerung der Stadt St.Gallen im Falle von bewaffneten Konflikten unter besonderer Berücksichtigung der AC-Gefährdung sicher.“ (Zitat Grundbefehl)

Dieser auf Bundesrecht und kantonales Recht abgestützte Auftrag ist in seinen Grundzügen auch heute noch gültig. Das Schwergewicht in der Umsetzung hat sich jedoch weg vom bewaffneten Konflikt und hin zur Bewältigung von Katastrophen und Notlagen bewegt.

## **2 Organisation gemäss Zivilschutzorganisation 1995**

### **2.1 Allgemeines**

Ausgehend vom Gesamtbestand der Kriegsorganisation wird ein Teil zum raschen Einsatz zugunsten der Bevölkerung der Stadt oder zur Nachbarschaftshilfe ausgeschieden und bereitgehalten. Im Falle einer Mobilmachung wollte man mit diesen Mitteln eine erste Einsatzbereitschaft erstellen, um eine geordnete Mobilmachung der ganzen ZSO zu ermöglichen.

### **2.2 Gliederung**

Für den Mobilmachungsfall ist die ZSO in die drei Sektoren West, Zentrum und Ost gegliedert. Diese wiederum umfassen je vier bis fünf Quartiere, total 14, sowie Leitungen der grossen öffentlichen Schutzräume. Ein Quartier besteht aus mehreren Blöcken. Die Leitung der ZSO und die Leitungen der Sektoren hatten Formationen und Mittel in ihrer Hand, mit denen sie im Bedarfsfall Schwergewichte setzen konnten.

Das Organigramm der ZSO St.Gallen geht aus Beilage 1 hervor

In der Stadt St.Gallen setzten sich die personellen Bestände der ZSO 95 wie folgt zusammen:

Unterstellung	Total	Führung	Sanität	Rettung	Schutz
Ltg ZSO	530	137	63	270	60
Sekt W	804	122	268	155	259
Sekt Z	1'059	160	271	178	450
Sekt E	958	128	280	177	370
Ganze ZSO	3'351	547	882	780	1'142



### **3 Organisations- und Schutzbauten**

#### **3.1 Organisationsbauten**

Für die verschiedenen Formationen sind Organisationsbauten vorgesehen, in welchen den Angehörigen dieser Formationen geschützte Arbeits- und Schlafplätze zur Verfügung stehen. Das Material soll im Kriegsfall ebenfalls geschützt in Bereitstellungsanlagen (BSA) untergebracht werden können.

Die Beilage 2 orientiert über die gemäss Zivilschutzreform 1995 geplanten und vorhandenen Organisationsbauten.

Inwieweit die kommende Bundesgesetzgebung ab 2003 eine Verringerung der Anzahl Formationen und damit auch der Organisationsbauten vorsehen wird, ist derzeit noch nicht definitiv absehbar.

#### **3.2 Private Schutzräume**

Nach Art. 2 Abs. 1 BMG (SR 520.2) „haben die Hauseigentümer in allen üblicherweise mit Kellergeschossen versehenen Neubauten und wesentlichen Anbauten Schutzräume zu erstellen.“

Wenn der Bau eines Schutzraumes nicht möglich ist, können nach Art. 2 Abs. 2 und 3 BMG sowie Art. 6 der Verordnung über die baulichen Massnahme im Zivilschutz (BMV, SR 520.21) Ersatzbeiträge bezahlt werden, deren Verwendung in Art. 7 BMV festgelegt ist. Per 31.12.2001 weist das Finanzierungskonto für die Erstellung und Einrichtung öffentlicher Schutzräume rund 2,4 Mio. Franken aus.

Im Gegensatz zu andern Gemeinden, die zum Teil mehr Schutzplätze als Einwohner haben, hat die Stadt St.Gallen für etwa 70'000 Einwohnerinnen und Einwohner nur etwa 55'000 Schutzplätze. Die Stadt war zum Zeitpunkt des Erlasses dieses Gesetzes weitgehendst gebaut. Die vorhandenen Schutzplätze sind deshalb sehr ungleich verteilt. Während in Neubaugebieten (Zil, Wolfganghof, Achslen etc.) ein Überschuss an Schutzplätzen besteht, gibt es im Zentrum Quartiere mit grossen Lücken (Lachen, Altstadt, Langgasse, Krontal etc.).

Ziel ist, die noch fehlenden 14'000 Schutzplätze dort zu bauen, wo sie fehlen und nicht in Quartieren, wo es ohnehin zu viele hat.

Der Stadtrat hat deshalb am 3.11.1998 eine Planung Ausgleichsgebiete in Kraft gesetzt, welche vier verschiedene Zonen vorsieht, in denen je nach Verhältnis zwischen vorhandenen Schutzplätzen und Einwohnern im einen Extremfall keine Schutzplätze mehr gebaut, sondern Ersatzabgaben bezahlt werden sollen, und im anderen Extremfall der Bau von öffentlichen Schutzplätzen aus dem erwähnten Fonds angestrebt wird. Das ZSA bemüht sich in Zusammenarbeit mit Baupolizei und Stadtplanung, bei Neubauten in den betreffenden Gebieten Kontakt mit den privaten Bauherren aufzunehmen, um diese gegen Entschädigung der Mehrkosten zu veranlassen, mehr Schutzplätze zu bauen, als für ihre Neubauten gesetz-



lich vorgeschrieben sind. Das Nutzungsrecht der Stadt im Falle bewaffneter Konflikte wird mit einer Personaldienstbarkeit grundbuchamtlich geregelt. Gleichzeitig werden Schutzplätze in öffentlichen Gebäuden, welche nur geringe Mängel aufweisen, erneuert (Beispiel: Schulhaus Schönauf).

Der Plan der Ausgleichsgebiete für den Schutzraumbau findet sich in Beilage 3.

### 3.3 Öffentliche Schutzplätze

Die Stadt St.Gallen hat frühzeitig begonnen, grosse öffentliche Schutzräume zu bauen. Die nachfolgende Liste enthält den derzeitigen Bestand an öffentlichen Schutzräumen.

Ort, Strasse	Plätze	Ort, Strasse	Plätze
Militärstrasse 10	222	Sonnenstr. 39	501
Museumsstr. 23	4'626	Rorschacherstr. 150	1'230
Demutstr. 115	1'350	Fidesstrasse 6	72
Vadianstr. 49 a	300	Demutstrasse 23	328
Unterer Graben 52	303	Salisstrasse 18	150
Museumstr. 24	429	Achslenstr. 1/3	65
Volksbadstr. 24	207		

### 3.4 Unterhalt dieser Bauten

Die Schweiz hat in 30 Jahren eine Infrastruktur an Schutzbauten erstellt, die in einem allfälligen bewaffneten Konflikt die Bevölkerung in hohem Masse schützt. Dies ist auch in den Entwürfen zur kommenden Gesetzgebung des Bundes so vorgesehen.

Die ZSO unterhält diese Anlagen, teils mit Berufspersonal, teils mit Angehörigen des Zivilschutzes (AdZS). Die Anregung des Postulanten, diese Arbeiten von Arbeitslosen durchführen zu lassen, ist wegen der damit verbundenen mangelnden Kontinuität nicht machbar. Es braucht dazu spezielle Kenntnisse der Anlagen, über welche die immer wieder wechselnden Arbeitslosen nicht verfügen und die bei einem Wechsel jedes Mal verloren gingen.

Die privaten Schutzräume müssen gemäss Art. 14 BMV und den Weisungen des Amtes für Zivilschutz periodisch kontrolliert werden. Die ZSO hat zu diesem Zweck Zweierteams gebildet (gegenwärtig 17 Teams), ausgerüstet und ausgebildet, welche jährlich etwa einen Fünftel aller Schutzräume kontrollieren.

## 4 Material

### 4.1 Materiallieferung und -einkauf

Das Zivilschutzmaterial wird zentral durch den Bund eingekauft und den Gemeinden geliefert. Einzig die für die Katastrophentauglichkeit der Formationen nötigen Zusatzausrüstungen werden von der Stadt beschafft. Über das gelieferte und deshalb bereitzuhaltende Material



besteht eine Liste des Bundes. Der Bund behält sich vor, den Bestand zu kontrollieren (Art. 47 ZSV).

#### **4.2 Lagerung des Materials**

Im Falle bewaffneter Konflikte ist eine dezentralisierte Lagerung des Materials, vornehmlich in den Bereitstellungsanlagen (BSA), vorgesehen. Da die Stadt St.Gallen bei weitem nicht über alle vorgesehenen BSA verfügt (vergleiche oben, Ziffer 3.1), wurde im Tiefbauamt Waldau ein Zentrallager errichtet.

Derzeit benützt die Feuerwehr einen Teil der BSA beim Feuerwehrdepot West an der Hagenstrasse 25. In absehbarer Zeit besteht keine Veranlassung, dies zu ändern, weil das Zivilschutzmaterial im Zentrallager liegt. Sollte sich die weltpolitische Lage ändern, müsste die Situation neu beurteilt werden.

#### **4.3 Wartung des Materials**

Der Bund erlässt detaillierte Weisungen über den Umfang der Wartung. Wegen der dazu notwendigen Spezialkenntnisse kann auch diese Arbeit nicht ohne weiteres von Arbeitslosen ausgeführt werden.

Beilagen:

1. Organigramm grafisch
2. Übersicht Organisationsbauten
3. Planung Ausgleichsgebiete

